

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhart, Verlags-Redakteur (in. Ann. d. Handlungsbil.) Carl Meißel, Berlin, Charo-Weinstraße 15. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Parasch.-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3000-3005, für den Paraverkehr Am Dönhofs 3000-3006, Telegramm-Adresse: Ullsteinchen, Berlin. Postcheckkonto Berlin 656.

Regierungserklärung im Reichstage

„Getreu im Sinn der Weimarer Verfassung“

Rundlich um 1 Uhr eröffnet Präsident Ebert die Sitzung mit der Bekanntgabe des von Reichspräsidenten vorgelegenen neuen Ernennungen. Während der Verlesung ergreifen die Minister im Saale, an der Spitze Reichskanzler Dr. Brüning, die Worte: „Ich bin als Mitglied der Reichsregierung, dem ich die Ehre erlaube, mich zu verbinden, dem Reichstag die Versicherung zu geben, daß die Regierung im Sinne der Weimarer Verfassung handeln wird.“

Die Reichskanzler des Wort erteilt, melden sich zwei Kommunisten zum Wort. Zuerst der Abgeordnete Kappel, der verlangt, daß die Interpellation wegen Verletzung der Arbeitszeit mit der freien Aussprache verbunden wird und vom Reichskanzler die Erklärung darüber fordert, welche Maßnahmen er gegen die Rat der Arbeiter zu ergreifen gedenkt, dann der Abgeordnete Seigler, der sich über die Interpellation wegen der Ranzardsfrage verbreitet.

Der Präsident erwidert, er müsse es dem Reichskanzler überlassen, inwieweit er auf die von den Kommunisten geforderten Wünsche in seiner Regierungserklärung eingehen will. Unter großer Spannung des ganzen Hauses gibt der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort:

Der Inhalt der Erklärung

Die neue Reichsregierung ist sich darüber einig, daß die Erneuerung ihrer Politik die Anerkennung der Reichsverfassung ist. In der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform liegt die Grundlage der Verfassung. Sie wird entsprechend der seitlichen Gestaltung des Reichspräsidenten in dem an den Kanzler gerichteten Brief vom 20. Januar getreu im Sinne der Weimarer Verfassung für das Wohl des Vaterlandes arbeiten.

Die Reichsregierung bezieht sich auf die Weimarer Verfassung als die Grundlage der Verfassung und verbindet als den festen Willen der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Erhaltung der Weimarer Verfassung in der Gesamtheit ihrer Organe und der Reichsverfahren, wie sie im Artikel 1 der Verfassung festgelegt sind, mit Treue zu arbeiten.

Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Dasselbe sind alle in der Regierung vertretenen Männer darüber einig, daß Verfassungsänderungen nur auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden können. Insbesondere wird die Regierung gegen alle Versuche, die rechtmäßig oder gesetzmäßig den Inhalt der Verfassung propagieren, vorgehen.

Die Treuepflicht ist besonders für alle Beamten, selbstverständlich unter Beachtung des verfassungsmäßig gewährten Schutzes auf freie Meinungsäußerung, selbstverständlich für die Beamten der Weimarer Verfassung keineswegs aus, die großen Verantwortung Deutschlands mit Achtung zu bedenken.

Die heute bestehende Kauler der Deutschen ist auf christlicher Grundlage entstanden. In diesem Zusammenhange knüpft die Regierungserklärung den von der neuen Regierung in Aussicht genommene Reichsreform an. Grundlage dieses Reformes soll die Reichsverfassung sein, nach deren Wortlaut die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt werden sollen.

Der Reichskanzler ruft dann die Beamtenschaft auf zu lastigstem Gehör und gewissenhafter Beobachtung der Reichsverfassung.

Weber die Finanzlage sagt die Erklärung: Auch in Zukunft müßte die Reichsregierung bestrebt bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen Fällen zu schützen und den Interessen der öffentlichen Wirtschaft zu fördern zu helfen. Selbstverständlich müßte mit dem Einkommensteuergesetz gerechnet werden. Die Finanzlage wird sich im Laufe der nächsten Jahre bessern. Seine Reichsregierung ist dringend ermahnt, darüber hinaus wird die Regierung bestrebt sein, den Wünschen der Kinder mehr als bisher entgegenzukommen.

Was die Wehrmacht anlangt, so wird die Regierung bestrebt sein, ihr das Vertrauen des deutschen Volkes zu erwerben. Das Volk wird dem politischen Kampfe völlig entgegen sein. Der Reichskanzler erinnert daran, daß die Weimarer Verfassung die Grundlage der Reichsverfassung ist. Er wird die Weimarer Verfassung in der Gesamtheit ihrer Organe und der Reichsverfahren, wie sie im Artikel 1 der Verfassung festgelegt sind, mit Treue zu arbeiten.

dieser Beziehung mit dem Reichspräsidenten und dem Chef des Reiches und der Marine.

Durch wechselseitiges Vertrauen werde es gelingen, die Weimarer Verfassung, die in letzter Zeit große schädliche Ereignisse im Volke aufgewirrt habe, als Stützpunkt dem politischen Kampfe entgegenzutreten zu lassen.

Wichtige Ausführungen sind dem Gebiete der Außenpolitik gewidmet. Der Kanzler betont die Hauptaufgabe der Regierung dieser Politik. Es verheißt sich, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenwärtigen Verhältnisse weiterzuführen wird. An der Politik der letzten Jahre, die die Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen gefunden hat, wird festgehalten werden.

Die Verfassung der Reichskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, und in der Verfassung des Außenministeriums, die die Durchführung der Außenpolitik bestimmt, ist Teil der Politik eingetretten, so daß die Grundzüge der Fortführung der alten Politik schon dadurch fest liegen.

Aber auch alle übrigen Mitglieder des Kabinetts sind einmütig in dem Entschluß, auf der eingeschlagenen Bahn weiterzuführen, um durch eine Politik des Rechts und des Friedens und durch den ehelichen Willen zur Verständigung und zur Zusammenarbeit mit den anderen Nationen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und darüber hinaus Europas zu wirken.

In erster Stelle muß natürlich die Regierung bemüht sein, die volle Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wiederherzustellen. Die Stimmung des Volkes ist eine zunehmende Notwendigkeit. Die Reichsregierung muß erwidern, daß sie auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewahren wird.

Ziel aller Einzelmaßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ist Ausgleich der Interessen und Eingliederung aller Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl.

Doppelmord in Sommerfeld aufgeklärt

Sonderdienst der „Wossischen Zeitung“

F. S. Sommerfeld 1. 2. 3. Februar

Der Berliner Kriminalkommissioner Johannes Müller und Dr. Brahm ist es in enger Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei gelungen, das furchtbare Verbrechen am Chapparaufsteige in Sommerfeld aufzuklären. Die beiden Täter sind bekannt: Es handelt sich um den 37-jährigen Ernst Sommerfeld, am 1. 1. 09 in Kitzers, Kreis Gernau, und Friedrich Biedersch, geb. am 20. 2. 06 in Samburg, die am 20. Januar nachmittags aus der Fährgegend nach Bismarck entflohen sind.

Die beiden Fährgegendlinge haben sich sofort nach ihrer Flucht nach dem nur 65 Kilometer entfernten Sommerfeld gewandt, wo namentlich Sommer durch frühere Tätigkeit über die Ortsverhältnisse genau orientiert war. Sommer und Biedersch haben sich in der Nähe von Kitzers niedergelassen. Nach der Ermordung des Chapparaufsteiges sind die Verbrecher noch in derselben Gegend und verheißentlich einen Stellungsinzug, in dem sich 42 M. in Gartzig befanden, in die Kette geworfen.

Wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, haben sich die Verbrecher in Gernau in einem Raubüberfall auf den Kopf des dort wohnenden Biedersch. Sie haben in Gernau, nachdem sie sich in einer Raubüberfall niedergelassen hatten, eine Autostrolche nach Frankfurt a. M. genommen und dem Chauffeur außer dem Fahrgeld von 50 Mark ein Einsteig von 10 Mark gegeben.

In Frankfurt a. M. ist bisher die Spur verlorengegangen. Während der Kriminalkommissioner Sommerfeld noch in Frankfurt begibt hat, leitete Kriminalkommissioner Johannes Müller die weiteren Ermittlungen an Ort und Stelle.

An diesem Ziele soll auch der Reichswirtschaftsrat mitwirken, nach dessen endgültiger Konstituierung die Reichsregierung die im Artikel 156 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Reichsregierung im Volke der Tätigkeit im wirtschaftlichen Selbstbestimmungs aufzukommenden Einkünfte weiter ausbauen wird.

Auf dem Gebiete der Reichsjustiz haben große Aufgaben der Regierung. Der Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtseinheit mit Österreich

Demokratisches Mißtrauen

Die allgemeine Aussprache beginnt, verliest der Präsident einen dem Reichstag vorgelegten Entwurf des Reichsjustizgesetzes. Die Regierung bestrebt sich, das Vertrauen des Reichstages, (Bewegung)

auf diesem Gebiete bringen soll, wird vorausichtlich in diesem Frühjahr dem Reichstag vorgelegt werden. Damit in enger Verbindung steht, der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafgesetzbuches, durch den der alte Bund noch einer reichsweiten Regelung der Strafrechtswesen ermöglicht werden soll. Die Erneuerung erscheint bedingt, daß das große Werk der Strafrechtsreform, an dem seit Jahrzehnten gearbeitet wird, noch in der gegenwärtigen Wahlperiode des Reichstages zu Ende geführt werden kann.

In der nächsten Mitarbeit an der Gestaltung und Fortbildung der zwischenstaatlichen Beziehungen steht die Reichsregierung eine wichtige Gegenwartsaufgabe. Mit dem Gefühl äußerster Verantwortung bezieht sich darauf, daß diese Aufgabe die Erfüllung eines deutsch-österreichischen Abkommens über Handelsverträge und Wirtschaftsbeziehungen. Selbstverständlich nimmt die Reichsregierung an der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz im Bonn, die eine Konferenz in Rom über das Urheberrecht folgen soll, sowie auch an den von Bismarck ausgehenden Beziehungen auf wirtschaftlich bedeutsamen Beziehungen, insbesondere den des Schiffsverkehrs, eine Rechtsannäherung der Kulturstaaten auszubilden.

Die von dem Deutschen Juristen zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Allgemeinen eingeleitete Kommission hat ihre Tätigkeit begonnen. Die Mitarbeiter des höchsten Organs der deutschen Juristenwelt hat bisher mit das gesamte Wirtschaftsleben betreffende bedeutungsvolle Aufgabe ist selbst zu berücksichtigen. Neben und unabhängig von diesen Beratungen nimmt die Reichsregierung an der Vorbereitung des Reichstages, insbesondere den des Schiffsverkehrs, eine Rechtsannäherung der Kulturstaaten auszubilden.

Mit erster Sorge steht die Reichsregierung, mit Reichspräsident und Reichstag einig, die Öffentlichkeit in der Öffentlichkeit auszufüllen, die oft über das politische Maß weit hinausgehen. Jede sachliche Kritik soll willkommen sein. Die Reichsregierung ist sich dessen wohl bewußt, daß die Justiz, um ihren Beruf zu erfüllen, das Vertrauen des Volkes bedarf, und wird zur Festigung dieses Vertrauens tun, was in ihren Kräften steht.

Die Rechte werden an ihrem Teil bewahrt bleiben müssen, die Verhältnisse in der Reichsregierung des Reichs- und Reichstages, die unter der Zeit fortbestehen zu werden. Das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit, die unantastbare Grundlage jeder geordneten Rechtsprechung, ist die Reichsregierung gewillt, mit allen Mitteln zu schützen.

Die Regierung rechnet, so ist es klar, auf die Mitarbeit der deutschen Volkswirtschaft. Es ist dabei aber bemerkt, daß nur das einzige geschlossene Zusammenhalten unseres Volkes und der sich in dieser Hinsicht ergebende Wille imstande ist, unsere Arbeit fruchtbar zu gestalten. Wäre uns eine solche Einheit nicht vergönnt, so ist die Reichsregierung im Einklang mit dem ganzen Volk wird es die Regierung nicht lassen lassen.

Die Rede fand am Schluß stehend lebhaften Beifall der Regierungsparteien.

Als erster Redner spricht der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken.

